

Arbeitsrecht unter Beschuss

Honduras: Rechtsregierung will Teilzeit ausweiten. Gewerkschaften und Opposition warnen

Von Thorben Austen, Quetzaltenango

Der Kongress in Honduras arbeitet aktuell unter der rechten Regierung von Nasry Asfura an einer Reform des Arbeitsrechts, die Teilzeit ermöglichen soll. Die Regierung begründet das Gesetz mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Von seiten der Gewerkschaften und Arbeitsrechtlerinnen und -rechtler kommt scharfe Kritik. So hieß es in einem Artikel von *Criterio Honduras*: »Experten zufolge wird die Maßnahme keine neuen Arbeitsplätze schaffen, sondern vielmehr den Arbeitstag fragmentieren und Sozialleistungen sowie die soziale Sicherheit verändern. Dies führt zu Unsicherheit hinsichtlich des Einkommens und des bestehenden gesetzlichen Schutzes.«

María Luisa Regalado von der honduranischen Frauenrechtsorganisation Colectiva de Mujeres Hondureñas (Codemuh) befürchtete im gleichen Artikel, dass das Gesetz »Teilzeitbeschäftigung ohne Garantien für die Wahrung der Arbeitsrechte fördere«. Dies könne zu »Massentlassungen, Betriebsschließungen und ständiger Personalfuktuation führen«. Ferner drückte Regalado Sorge wegen drohender Einschränkungen beim Zugang zu »Sozialversicherungen, Renten, medizinischer Versorgung« und der »Untergrabung des Rechts auf gewerkschaftliche Organisierung« aus. Auch sei zu befürchten, dass bei reduzierter Arbeitszeit trotzdem hohe Produktionsziele erreicht werden müssen. Daher würde das Gesetz nicht nur »die wirtschaftliche Sicherheit beeinträchtigen, sondern auch den physischen und psychischen Stress am Arbeitsplatz erhöhen«. Regalado befürchtete Konsequenzen des Gesetzes vor allem in Bereichen wie den Maquilas, den Bekleidungsfabriken für den Weltmarkt, »in denen viele Frauen arbeiten«.

Tatsächlich gehörten Beschäftigte in den Maquilas zu den ersten, die gegen den Gesetzentwurf auf die Straße gingen. Am 13. März streikten und demonstrierten Maquila-Arbeiter in der Stadt Choloma im Norden von Honduras. An den Protesten hätten sich »35 Gewerkschaften aus den Maquilas in der ganzen Region beteiligt«, erklärte ein Sprecher per Video in den sozialen Medien. Evangelina Argueta vom Gewerkschaftsverband CGT aus San Pedro Sula erklärte im Vorfeld der Demonstration, Beschäftigte in den Maquilas litten seit Jahren unter Stellenabbau; allein in diesem Jahr seien fast 3.000 Arbeitsplätze verlorengegangen, in den vergangenen Jahren über 60.000. Dies ließe sich aber nicht mit neuen Arbeitsgesetzen bekämpfen, sondern habe seine Ursache unter anderem in der Zollpolitik der USA und bestehenden Steuergesetzen. Die Region im Norden von Honduras um die Städte Choloma und San Pedro Sula ist das industrielle Zentrum des Landes und seit Jahrzehnten eine Hochburg der organisierten Arbeiterbewegung.

Aber auch in der Hauptstadt Tegucigalpa zog vergangenen Mittwoch eine Demonstration zum Nationalkongress. Ein Teilnehmer sprach gegenüber dem Sender *UneTV* von »Tausenden Demonstranten«, die gegen das »Massaker am Arbeitsrecht« auf die Straße gingen. An dem Protest nahm auch die Parlamentsfraktion der linken Oppositionspartei Libertad y Refundación (Libre) teil, die das Land von Anfang 2022 bis Januar dieses Jahres regiert hatte. In einer umstrittenen Wahl hatte sich Nasry Asfura vom Partido Nacional de Honduras (PNH) durchgesetzt; die Wahl war von Einmischung des US-Präsidenten Donald Trump zugunsten von Asfura und von Unregelmäßigkeiten überschattet, das Endergebnis wurde erst vier Wochen nach dem Wahltermin verkündet.

Im Kongress gilt eine Zustimmung zu dem Gesetz als wahrscheinlich; es soll noch vor Ostern beschlossen werden. Bisher habe das Gesetz sechs Anhörungen mit Vertretern aus 13 Bereichen der Gesellschaft durchlaufen, erklärte der Abgeordnete Alberto Cruz von der Partido Liberal de Honduras (PLH) gegenüber der Zeitung *Proceso Honduras*. Die PNH von Asfura hat zwar nur 49 Sitze im 128köpfigen Parlament, die insgesamt 44 Abgeordneten der PLH und zwei kleinerer Parteien gelten aber als Verbündete der Regierung, so dass die notwendige Zweidrittelmehrheit für das Gesetz und entsprechende Verfassungsänderungen erreicht werden kann. Die 35 Abgeordneten von Libre haben bereits angekündigt, gegen das Gesetz zu stimmen.

<https://www.jungewelt.de/artikel/519757.mittelamerika-arbeitsrecht-unter-beschuss.html>